Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsständen und in allen Filialen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 15690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Montag den 25. Februar 1929 — Nummer 47

Fleisch- und Brotpreise werden erhöht!

Neue Zölle — Erhöhung der Rindfleischpreise um 20 Prozent

Der Reichsernährungsminister Dietrich hat soeben sein Programm zur „Gesundung der Landwirtschaft" entwickelt.

Nach Meinung des Ernährungsministers

„sind die am Rindviehmarkt zur Zeit erzielbaren Preise durchaus unzureichend. Auf Grund statistischer Unterlagen hat man errechnet, daß eine Preiserhöhung von etwa 17 Pfennig je Pfund Fleisch erforderlich wäre, um den Rindviehmarkt **wieder rentabel zu gestalten."**

Wenn für lebendes Vieh eine Preiserhöhung um 17 Prozent eintreten soll, so bedeutet dies eine **Preissteigerung um etwa 20 Prozent,** im Kleinverkauf also um weit mehr als 17 Pf. Interesse daran haben lediglich die Großagrarier und die kreditgebenden Großbanken, die einen großen Teil der Agrarprofite einstecken. Gerade der Rindermarkt wird zum überwiegenden Teil von Großagrariern und fast gar nicht von Kleinbauern beliefert.

Der Ernährungsminister Dietrich hat in seinem Programm auch Maßnahmen gegen einen etwaigen Abbau der Schweinefleischpreise vorgesehen. Für ihn ist „die Hauptsache, daß diese relativ nicht ungünstige Lage (erhöhte Schweinepreise) **nicht die Mästereien veranlaßt, in allzu großem Umfange neue Jungtiere zur Mast einzustellen (!), die im Herbst einen erneuten Druck auf die Schweinepreise ausüben müssen."** Andernfalls würden ja die werktätigen Massen in den Städten sich eine bessere Ernährung leisten können und der Profit der Großagrarier sinken.

Zu diesem Zwecke werden nach Ankündigung des preußischen Ministers **„Gesetzgebung und Verwaltung eingreifen müssen".** Neben staatlichen Zwangsmaßnahmen und Subventionszahlungen soll der Fleischzoll erhöht werden. Der preußische Ernährungsminister verkündet:

„Es ist ein vollständiges Programm vorbereitet, das zunächst die Angleichung der Lebendviehzölle an die Fleischzölle und eine Reihe anderer zolltechnischer Maßnahmen vorsieht."

Nicht nur das Fleisch, auch das Brot soll auf die Initiative der Regierung verteuert werden. Der Koalitionsminister der Sozialdemokratie erklärt:

„Der Weizenpreis ist zur Zeit auf einem Niveau angelangt, welches als vollkommen unhaltbar bezeichnet werden muß ... Man denkt im Reichsernährungsministerium an die Einführung eines Preisausgleichs bei der Weizeneinfuhr, d. h. einer Gebühr, die solange erhoben werden soll, bis ein ausreichender Weizenkurs im Lande erzielt worden ist. Die auf solche Weise einlaufenden Summen können Verwendung finden, um Preisregulierungen auf anderen Gebieten herbeizuführen."

Damit würde die Erwartung der proletarischen Massen, daß der unverschämt hohe Brotpreis abgebaut werden kann, zunichte gemacht werden und sogar eine neue Heraufsetzung der Brotpreise drohen.

Erhöhung der Fleisch-, Getreide-, Mehl- und Brotpreise, Einfuhrbeschränkung gegen billigen Weizen und billiges Gefrierfleisch — das ist also das Programm der Koalitionsregierung.

Arbeiter, die Regierung, in der die Sozialdemokraten sitzen, hungert euch planmäßig aus! Fort mit der Zoll- und Wucherpolitik! Fort mit dieser Regierung!

Die Teuerungszahl steigt unausgesetzt!

tfd. Leipzig, 24. Februar. **Die auf der neuen Grundlage berechnete Teuerungszahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Amtes für den Monat Februar 1929: 206,83 Reichsmark (Januar: 205,40 RM).** Die Zahl stieg wie folgt: 176,52 im Februar 1925; **183,51 im Februar 1926; 183,82 im Februar 1927 und 200,77 im Februar 1928.**

Eingeständnis eines SPD-Blattes

Der demokratische Reichsernährungsminister Dietrich hat **Erhöhung der Vieh- und Weizenzölle** sowie sonstige Maßnahmen zur Hochtreibung der Lebensmittelpreise vorgeschlagen. Die sozialdemokratischen Minister und die Parteibureaukratie der SPD sind damit einverstanden.

Da sie eine große Empörung der Arbeiter voraussieht, schreibt dazu die sozialdemokratische Volkszeitung Plauen am 22. Februar:

„Diese Absichten des demokratischen Ernährungsministers schlagen dem Faß den Boden aus. Sie bedeuten teils direkt, teils indirekt eine Erhöhung der Lebensmittelzölle und damit eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen. Solche Vorschläge wie sie hier aus der Koalitionsregierung kommen, hat die Bürgerblockregierung nicht gewagt. Wir sind in den Wahlkampf gezogen z. B. mit der Parole: Beseitigung aller Lebensmittelzölle und Wiederherstellung des zollfreien Gefrierfleischkontingents mindestens im alten, vom Bürgerblock verkürzten Umfang. Sollen wir als Ergebnis unserer Regierungstätigkeit Erhöhung wichtiger Lebensmittelzölle — beim Zucker hat's angefangen! — und völlige Beseitigung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr heimbringen? Das darf nicht geschehen. Will die Bourgeoisie so die Massen noch über das heutige Maß hinaus ausbeuten, und kann sie es auf Grund ihrer parlamentarischen Stärke durch die deutschnational-zentrümliche-demokratische Einheitsfront — dann soll sie das selbst allein vor den Massen verantworten! Wahrscheinlich aber würde sie es sich noch reiflich überlegen, ob sie es dann überhaupt täte, wenn sie es allein vor den Wählern verantworten müßte. Aber so, wo die Sozialdemokratie alle Verantwortung für die Taten des noch immer quicklebendigen Bürgerblocks geduldig mit trägt, jetzt, gerade **wegen unserer Beteiligung an der Koalition,** kann sich die Bourgeoisie solches erlauben."

An diesen Ausführungen ist das Eingeständnis wichtig, daß ohne die Mithilfe der SPD-Führer, denen es immer noch gelingt, die Gegenwehr der Arbeiterschaft zu schwächen, die Bourgeoisie unmöglich solche ungeheuerlichen Raubzüge ausführen könnte.

Dabei spielen die „linken" SPD-Führer noch die Rolle ganz besonderer Schurken, weil sie allein durch ihre vorgetäuschte Oppositionsstellung den Wels und Konsorten ihre Verbrechen ermöglichen. Die „Linken" sind es, die die Massen der unzufriedenen SPD-Arbeiter noch abhalten, zusammen mit ihren übrigen Klassengenossen gegen die Aushungerungspolitik der Koalitionsregierung zu kämpfen.

Aber einmal bricht auch die Geduld der sozialdemokratischen Arbeiter! Von der Entschlossenheit der Kommunisten, sich jetzt überall an die Spitze der proletarischen Gegenoffensive zu stellen, hängt vieles ab. Jetzt nieder mit der bankrotten SPD-Führerschaft! Rote Einheitsfront!

In der Sackgasse

Krise der Koalition — Bankrott der SPD-Politik

„Nachdem einzelne führende Genossen unerschütterlich verkündet haben, daß die Sozialdemokratie gewillt sei, jahrelang an dieser Koalition festzuhalten, ist die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in eine Sackgasse gerannt, aus der sie jetzt keinen Ausweg weiß."

(Leipziger Volkszeitung vom 22. Februar 1929.)

Die Koalitionsverhandlungen in Preußen sind endgültig gescheitert. Der Zank um die Zahl der Ministersitze der einzelnen Fraktionen hat ein völliges Fiasko erlitten. Die Deutsche Volkspartei wollte nicht zugeben, daß das kommende Preußenkonkordat nur mit der katholischen, nicht aber mit der evangelischen Kirche abgeschlossen wurde; verärgert stellt sie jetzt, daß es der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun war, der sich die Forderungen des Zentrums über das Konkordat zu eigen gemacht, ja sich ihnen unterworfen hat.

Auch im Reiche wo seit Wochen vergeblich eine Stabilisierung der Großen Koalition angestrebt wird, haben sich die Verhandlungen festgefahren. Der zuletzt genannte, von Hermann Müller erdachte Ausweg, dem Reichspräsidenten drei Zentrumsminister zur Ernennung vorzuschlagen, wird an dem entschiedenen Widerspruch der Deutschen Volkspartei scheitern. „Von maßgebendster Stelle der Deutschen Volkspartei" schreibt der Hannoversche Kurier vom 23. Februar, „ist dem Herrn Reichskanzler bereits eindeutig klar gemacht worden, daß die Deutsche Volkspartei diese Patentlösung nach der von dem Zentrum im Reich und in Preußen beliebten Taktik auf gar keinen Fall mitmachen würde, sondern daß sie dann die Konsequenzen ziehen und ihre Minister aus dem Reichskabinett zurückziehen müßte". Nach der deutschnationalen deutet jetzt auch die volksparteiliche Presse an, daß sie es gern sehen würde, wenn die Sozialdemokratie eine Zeitlang allein regieren müßte. Ein Blatt verbreitet die Nachricht, daß Hermann Müller amtsmüde sei und am Montag seine Demission einreichen werde. Am Dienstag findet eine Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei statt, aber ob sie eine Lösung der Koalitionskrise herbeiführen kann, wird von allen Seiten bezweifelt.

*

Der Gedanke der Großen Koalition, der von der Sozialdemokratischen Partei festgehalten wird, ist wohl noch nie so sehr kompromittiert worden, wie in diesem Verhandlungswirrwarr. Ueberblickt man jedoch das Trümmerfeld, dann löst sich das Durcheinander in ein paar einfache Grundfragen auf, die jeder Arbeiter lösen kann. Die Koalitionskrise wurde natürlich nicht verursacht durch den Zank um die Verteilung der Ministerposten; dieser war vielmehr nur die Form, in der die Krise zutage trat. Die Ursache der Koalitionskrise besteht darin, daß die Bourgeoisie der Großen Koalition ein offen imperialistisches Programm geben will, während die SPD krampfhaft bemüht ist, die von ihr mitverantwortete und durchgeführte imperialistische Politik durch demagogische Manöver vor den rebellierenden Massen zu verschleiern.

In der Tat, was fordern die bürgerlichen Parteien?

Die Deutsche Volkspartei faßte den Beschluß, daß im neuen Etat keinerlei neue Steuern enthalten sein dürfen, und daß 380 Millionen Mark bei der Sozialfürsorge zu „ersparen" seien: ein Programm der sozialen Reaktion unter Entlastung des Besitzes, das aber gleichzeitig die Ausgaben für die Aufrüstung der Machtmittel des Staates unangetastet läßt.

Was fordert das Zentrum? **Ein Konkordat, das die Schule in Preußen dem Klerus ausliefert und eine Sicherung vor liberalen Seitensprüngen der SPD und der Deutschen Volkspartei**

Die eigene Saat geerntet ...

Ein Stahlhelmer in Berlin erschossen

(Drahtbericht unseres Korrespondenten.)

Berlin, 25. Februar.

Das immer frechere Auftreten der faschistischen Formationen in Berlin hat am Freitagabend eine Bluttat zur Folge gehabt, der ein Stahlhelmmann zum Opfer fiel. Am Freitagabend wurde der 19 Jahre alte Oberprimaner Herbert Kieler in Pankow erschossen. Kieler kam mit noch zwei anderen Stahlhelmern aus einer Ortsgruppenversammlung des Jungstahlhelm in Pankow. Auf dem Nachhausewege gerieten sie in Differenzen mit zwei Radfahrern, von denen einer angeblich die Mütze mit dem Abzeichen des RJVD getragen haben soll. Nach kurzem Wortwechsel schoß einer der beiden Radfahrer auf die drei Stahlhelmer, wobei Kieler tödlich getroffen wurde. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse überschlägt sich in Verdächtigungen der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes, obgleich die Erklärung, daß die Radfahrer Rote Frontkämpfer gewesen sein sollen, mit der Angabe von der blauen Tuchmütze des RJVD in grellem Widerspruch steht. Noch grotesker wirkt die Erklärung des einen Stahlhelmer, daß beide Radfahrer nicht nur als RFB-Leute uniformiert gewesen seien, daß einer davon auch noch eine schwarze Halbmaske getragen habe. Diese blühenden Phantasieprodukte genügen jedoch der Gesamtpresse, um das Verbot des RFB in mehr oder minder offener Form zu fordern. Die Berliner Polizei zeigt ihre Leistungsfähigkeit dadurch, daß sie völlig wahllos Massenverhaftungen und Haussuchungen vornimmt. Entgegen den Meldungen der bürgerlichen Presse, daß bereits „der Schuldige" verhaftet worden sei, kann die Rote Fahne nicht weniger als sechs Verhaftungen melden. Ein Genosse aus dem 4. Bezirk wurde morgens aus dem Bett geholt, gleichzeitig wurde in seiner Wohnung eine Haussuchung durchgeführt, die völlig ergebnislos verlief.

Er mußte, nachdem er mehreren Stahlhelmern gegenüber gestellt worden war, wieder entlassen werden. Bis jetzt ist noch nicht einmal einwandfrei festgestellt, ob es sich tatsächlich um einen politischen Mord handelt. Jedenfalls ist die Atmosphäre, aus der heraus die Bluttat erwuchs, von den faschistischen Banden, die seit Wochen und Monaten Provokation auf Provokation verübe in Berlin durchführten, geschaffen worden. Zweifellos trifft auch hier der Satz zu: Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig!

Große öffentliche Versammlung

Es sprechen morgen 19.30 Uhr, im Kegelheim, Friedrichstraße, **Bruno Siegel,** (M. d. L.) und **Anton Saefkow,** über:

Warum

neue Betriebsratswahltaktik der Gewerkschaftsopposition

?

Kein Betriebsrat, kein Gewerkschaftsfunktionär, der sich über die wahren Ursachen der Haltung der Kommunisten zu den diesjährigen **Betriebsratswahlen informieren will, darf fehlen**